

daß das Bundesverfassungsgericht nicht verfassungsmäßig zustande gekommen sei. Laut Grundgesetz, Artikel 94, müssen die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden. Die SRP erklärt, unter „Bundestag“ und „Bundesrat“ könnten nur die beiden Plenar-Parlamente, nicht aber von ihnen bestellte Ausschüsse verstanden werden. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes wurden von sogenannten Richterwahlausschüssen gewählt, nicht von den beiden Parlamenten.

Die SRP bezweifelt außerdem die ordnungsmäßige Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichtes. Laut Gesetz über das Bundesverfassungsgericht muß der Nachfolger für einen ausgeschiedenen Richter innerhalb eines Monats gewählt werden. Seit dem Ausscheiden der Richter Leusser und Dr. Zweigert sind vier Monate vergangen.

Depression

Auf der Lissaboner NATO-Konferenz war den Franzosen zugesagt worden, daß die USA bis zum 30. Juni sogenannte „off shore-Käufe“ im Werte von 200 Millionen Dollar vornehmen würden: Die USA wollten Flugzeuge, Motoren, Jeeps, Lkw, andere Fahrzeuge und Funkmaterial französischer Produktion in Frankreich bezahlen. Plevin erklärte darauf in der April-Debatte über das Rüstungsbudget: „Das Budget erlaubt nur die Ausrüstung von 10 Divisionen, zwei weitere, die zur Erfüllung des Europaarmee-Solls dienen, kommen auf Konto der amerikanischen „off shore-Bestellungen.“ Jetzt hat nun Amerikas Bevollmächtigter William H. Draper bekanntgegeben, daß

- erstens die Auftragsvergebung bis zum 30. 6. unmöglich gewesen sei und
- zweitens mit erheblichen Abstrichen gerechnet werden müsse.

Gründe:

- Die Franzosen haben im Baustadium an modernen Flugzeugen nur den Mistral-Jäger. Dieses Modell wird von der US-Airforce als veraltet abgelehnt.
- Amerikanische Industriekreise sagen einen „mild bust“, eine kleine Depression, voraus. Die Angst des Jahres 1951, nicht liefern zu können, ist der Angst gewichen, abends leere Auftragsbücher fortzuschließen. Nach der Parole „Charity begins at home“ will man für die 200 Millionen „off shore“-Dollar lieber selber produzieren. Besonders Kreise um Taft und der Verband der Handelskammern haben sich für die Einschränkung von „off shore“-Käufen stark gemacht.
- Die amerikanischen Gewerkschaften AFL und CIO forderten, die Millionen-Aufträge sollten im Lande bleiben. Die CIO, die bei allen demokratischen Präsidentschaftskandidaten starken Einfluß hat, sprach sich grundsätzlich gegen jeden größeren Rüstungsauftrag im Ausland mit amerikanischem Geld aus.

Spekulation

Die Kapitäne der demokratischen Partei Amerikas drängen — im Verein mit dem augenblicklichen Rudergänger, Harry S. Truman — den Gouverneur von Illinois, Adlai Stevenson, sich als demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen zu lassen. Der nüchterne Stevenson, der — anders als der demokratische Aspirant Estes Kefauver — kein Baby-kisser und Fernseh-Star ist, will aber nur dann rennen, wenn ihm die Republikaner den kühl-unpopulären Taft als Konkurrenten präsentieren, keinesfalls aber, wenn die Republikaner den Tribunen Eisenhower nominieren, unter dem er im



New York Herald Tribune
Amerikas Demokraten blasen das Nebelhorn

Felde gedient hat. Hinter dem demokratischen Stevenson-Projekt steckt, nach amerikanischen Beobachtungen, eine Geheimspekulation Trumans: Einerseits wünscht Truman ehrlich, Stevenson zur Annahme der Kandidatur gegen Taft bewegen zu können. Andererseits ist er aber selbst bereit, gegen Taft in die Bresche zu springen, wenn Stevenson selbst und den Delegierten die Frist, den relativ unbekanntem Gouverneur noch groß als Präsidentschaftskandidaten herauszubringen, zu kurz erscheint und die Delegierten ihn, Truman, deswegen zur Kandidatur drängen. Gewinnt Ike die Kandidatur der Republikaner, wollen weder Harry S. Truman noch Stevenson kandidieren und die demokratische Partei muß weiter auf dem Radarschirm nach einem geeigneten Kandidaten suchen (siehe Karikatur).

Hörensagen

Nach neuestem Bonner on dit

- spielt der Bundeskanzler mit dem Gedanken, vorläufig auf die Ratifizierung des Europavertrages zu verzichten und die Westmächte auf eine Verfassungsänderung und anschließende Vertragsratifizierung durch den 1953 zu wählenden neuen Bundestag zu verströmen. Einen Zeitverlust für die Verteidigungsvorbereitungen bedeutet diese Lösung nicht, da die Rekruten-Einberufung ohnehin erst 1954 beginnen soll.

Die aus Freiwilligen bestehenden Kader und Stämme könnten bis dahin im Rahmen des Bundesgrenzschutzes aufgestellt werden. Dabei ergäbe sich sogar der Vorteil, daß die Kernarmee zunächst einmal in nationalem Rahmen aufgestellt würde, so daß erst 1954 zu entscheiden wäre, ob eine Bindung im supranationalen Rahmen überhaupt notwendig ist. Eine Verstärkung des Bundesgrenzschutzes auf 60 000 bis 70 000 Mann könnte im Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

- herrscht im Bundeskanzleramt Mißstimmung darüber, daß von amerikanischer Seite die Bitte des Bundeskanzlers, alliierte Einheiten an die Zonengrenze zu verlegen, veröffentlicht worden ist. Im Bundeskanzleramt werde vermutet, die Amerikaner hätten durch die Veröffentlichung das Gefühl stärken wollen, Bundesregierung und Amerikaner „säßen im gleichen Boot“. Ursprünglich sei vereinbart gewesen, über die Bitte der Bundesregierung Stillschweigen zu bewahren.

Nach dem neuesten Pariser on dit

- sind die Elektrizitätswerke am Yalu nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen bombardiert worden: Die Amerikaner hätten das franco-britische Projekt eines Vierertreffens stören wollen.